

MÜNCHNER FREIHEIT

Rambos in Amsterdam

Das mit dem Kiffen sei gar nicht so tragisch, sagte der freundliche Verkäufer in Amsterdam. „Das Schlimme ist, dass die Touristen nicht Radfahren können.“ Das erstaunte mich dann doch etwas. Ich war zum ersten Mal in der prachtvollen Grachtenstadt, und das einzige, was mich und meine Liebste nervte, waren die vielen bis unter die Haarspitzen zugehörnten Haschisch-Touristen, die komplett verpeilt durch die Gassen tasteten. Aber der Verkäufer blieb dabei: „Kiffen dürfen sie meinetwegen. Nur das Radfahren sollte man ihnen verbieten.“

Man muss Münchner Lesern vielleicht erklären, was der Herr da genau meinte. Denn an der Isar sind viele immer noch der Meinung, bei uns würden „Radl-Rambos“ viel zu schnell herumfahren. Haha! Wer sowas sagt, sollte mal eine Bildungsreise in die Niederlande unternehmen.

Der Holländer liebt sein „Fiets“, sein Radl also. Und er fährt es wie kein anderer. Fußgänger sind für den Holländer Slalomstangen, Zebrastreifen und Ampeln fliegen auf seinem Höllenritt an ihm vorbei, er hat nur Verachtung für sie übrig. Denn er ist der unumstrittene König der Straße, er beherrscht sein Gefährt virtuos, und das Fußvolk blickt zu ihm auf. Wer Wert auf ein lückenloses Lächeln legt, der achtet auf den satten Klang der Klingel und springt zur Seite, wenn der stolze Matador auf gleißenden Speichen vorbeibraust. Angenommen, da steht so eine wackelige Touristin aus München an der Kaizersgracht, und die eiert schlingend mit ihrem Tulpensackerl am Lenker auf dem Leihrad los – das ist für den Holländer natürlich ein unberechenbares Risiko. Darum, sagt er, wäre ein Verbot für alle das Beste.

Nun ist es doch anders gekommen, denn ab Sommer sollen Ausländer in Holland nicht mehr kiffen dürfen. Radeln dagegen ist nach wie vor erlaubt. Auch wenn der Holländer jetzt flucht – für meine Liebste und mich ist das kein Problem. Bei unserem nächsten Amsterdam-Aufenthalt werden wir uns Räder mieten. Und weil sich Touristen immer von ihrer besten Seite zeigen sollten, werden wir bis dahin selbstverständlich schon mal in München üben. Also: Wir freuen uns drauf.



Johannes Löhr arbeitet in der Stadredaktion und lebt in der Isarvorstadt.

ZAHL DES TAGES

25 000 000 Fahrgäste werden nach Schätzungen der örtlichen Genossenschaft vom Münchner Taxigewerbe pro Jahr transportiert.

ABFAHRT

Simon Rohmer, Gleis 15, ICE 514

Diese Reise hat sich Simon Rohmer verdient: Zwei Jahre hatte der Versicherungskaufmann keinen Urlaub gemacht, nun war er – zumindest für sechs Tage – in Wien. „Viele Schlösser und Parks, Wien ist noch vielfältiger als München“, findet Rohmer, der die Zeit genutzt hat, um die Stadt zu besichtigen und klassische Konzerte zu besuchen. Die gut siebenstündige Rückfahrt über München bis nach Bad Saulgau vertreibt er sich mit Lesen und Musikhören.



KG/FOTO: KG

DER GASTROTIPP

Südafrikaner eröffnet ersten Pie-Shop

Bislang kommen hauptsächlich die in München lebenden Engländer ins Untergeschoss des Elisenhofes am Hauptbahnhof, um sich bei „House of Pie“ eine gefüllte Teigtasche einzuverleiben. „Jedes Mal, wenn ich nach Namibia komme, kaufe ich mir zuerst einen Pie“, sagt Geschäftsführer Victor von Gierszewski. Der gebürtige Südafrikaner mit deutschen Wurzeln wuchs in Namibia auf. Dort – wie in Südafrika – sind die von den Engländern erfundenen Teigtaschen weit verbreitet. Weil Gierszewski die knusprigen Taschen in München schmerzlich vermisste, beschloss er, sie auf dem hiesigen Markt einzuführen. Es gibt verschiedene Vari-



anten: Der „Sausage Roll“ ist würstchenförmig, der „Pocket“ viereckig und der klassische „Pie“ wird in einem Alu-Schälchen serviert. Alle drei Varianten gibt es mit verschiedenen Füllungen. Am beliebtesten ist der „Mega Steak Pie“ mit Rinder-Steak-Stückchen, Zwiebeln und Kartoffeln (2,90 Euro). Doch es gibt auch vegetarische Pies. Wer Süßigkeiten mag, sollte den Apfel-Himbeer-Pie (1,80 Euro) probieren. Während die salzigen Pies aus einer Art Strudelteig gemacht sind, bestehen die süßen aus zartem Mürbteig. Nicht nur im Elisenhof gibt's die Taschen – einige Irish Pubs ordern die Teile bereits tiefgekühlt beim „House of Pie“.

BST/FKN

GEWALT UND MISSBRAUCH IN HEIMEN

Die Stadt entschuldigt sich

München arbeitet die Geschichte seiner Heimkinder auf: In den drei städtischen Erziehungsheimen sind zwischen 1950 und 1975 mindestens 20 Kinder geprügelt, gedemütigt und sexuell missbraucht worden. Die Dunkelziffer ist groß, heißt es in der Studie, deren Ergebnisse die Stadt nun veröffentlicht.

VON CAROLINE WÖRMANN

Die Berichte der ehemaligen Münchner Heimkinder sind erschütternd. Von Züchtigungen mit Gegenständen ist die Rede, von entwürdigendem Essenszwang, von systematischen Prügelstrafen – und von sexuellem Missbrauch durch Angestellte. Es sind Erfahrungen, die Kinder zwischen 1950 und 1975 im Münchner Waisenhaus, im Münchner Kindlheim und im städtischen Marie-Mattfeld-Haus in Oberammergau gemacht haben. Ans

Tageslicht gebracht hat das Leid der Kinder, die zu Erwachsenen mit teils schweren Problemen und gebrochenen Biografien herangewachsen sind, das Stadtjugendamt. Seit 2009 arbeitet es an der Aufarbeitung der Heimerziehung jener Jahre, die geprägt war von Züchtigung. Nachdem der „Runde Tisch Heimerziehung“ auf Bundesebene seine Arbeit aufgenommen hatte, sah sich die Stadt gefordert, „sich ihrer Vergangenheit kritisch zu stellen und für die städtischen Heime Aufarbeitung zu leisten“, wie es in dem Bericht heißt, der am Donnerstag dem Stadtrat vorgelegt wird.

3169 Kinder haben nach den Recherchen des Jugendamts zwischen 1950 und 1975 in den drei städtischen Erziehungsheimen gelebt. 947 von ihnen konnte das Amt ermitteln. Sie alle haben zwischen Mai 2010 und April 2011 ein persönliches Schreiben von Jugendamts-Chefin Maria Kurz-Adam bekommen, in dem sie verspricht, dass die Betroffenen „Gehör finden werden“. Bislang haben sich 69 Ehemalige bei der Stadt gemeldet. 20 von ihnen berichten von Misshandlungen und Missbrauch, die „in ihrer Schwere vergleichbar sind mit den bekannt gewordenen Fällen“, wie Kurz-Adam nun erklärt.



Maria Kurz-Adam ist Leiterin des Münchner Jugendamts. KH

Die bisher offenbaren Fälle seien aber wohl nur die Spitze des Eisbergs, vermutet Kurz-Adam. Denn einerseits seien die letzten Schreiben erst kürzlich verschickt worden – und andererseits schwiegen viele ehemalige Heimkinder aus Angst, wieder stigmatisiert zu werden. „Die Dunkelziffer liegt erheblich höher“, heißt es in dem Bericht.

Straf- und zivilrechtlich sind die Taten verjährt. Doch viele der ehemaligen Heimkinder

erleben, dass ihre leidvollen Erfahrungen nicht nur in Erinnerungen, „sondern auch in körperlichen, psychischen und materiellen Beeinträchtigungen nachwirken“, räumt die Stadträtin aus. Die Stadt will nun handeln, wo sie kann: Ein erster Schritt ist die Erklärung, die der Stadtrat diese Woche abgibt. Unter anderem heißt es darin: „Der Stadtrat und der Oberbürgermeister bedauern zutiefst, dass ehemaligen Heimkindern in den städtischen Heimen dieses Leid und Unrecht widerfahren ist.“

Zudem hat der Koblenzer Pädagogik-Professor Christian Schrappner Dokumente und Akten aus den Archiven der städtischen Heime gesichtet. Das Material soll nun weiter ausgewertet werden.

Wo es nach so langer Zeit noch möglich ist, will die Stadt „wenigstens eine Milderung des erlittenen Unrechts leisten“, betont Kurz-Adam. „Eine tatsächliche Wiedergutmachung ist nachträglich nicht möglich.“ Neun Opfer haben bereits das Angebot angenommen – und sich von einer Trau-

matherapeutin beraten lassen. Um solche „lebenslangen Verletzungen“ in Zukunft zu verhindern, entwickelt die Stadt zudem einen Kodex für die derzeit vier städtischen Heime, in denen aktuell rund 1600 Kinder und Jugendliche leben. Er soll noch heuer vorliegen und ein Werteleitbild enthalten. Außerdem bietet die Stadt Betroffenen Rechtsberatung an. Und: Ab 2012 soll es eine Ombudsstelle geben, an die sich Kinder wenden können, die Gewalterfahrungen machen.

Auch gegenüber finanzieller Entschädigung zeigt sich die Stadt grundsätzlich offen. Betroffene können Ansprüche anmelden, indem sie das erlittene Unrecht glaubhaft machen. Zunächst müsse man jedoch die Verhandlungen über Entschädigungszahlungen auf Bundes- und Landesebene abwarten, so Kurz-Adam. Gebe es dann noch „Hilfslücken“, werde der Stadtrat sie „gegebenfalls auf freiwilliger Basis“ abdecken, kündigt Kurz-Adam an. Zwei der Münchner Opfer haben bereits einen Antrag auf Entschädigung gestellt.

Die Wiesn-Mass kostet heuer bis zu 9,20 Euro

Durchschnittspreis liegt bei 8,97 Euro – Wirte legen Kosten für Sicherheitsmaßnahmen auf die Gäste um

Die Mass Bier wird auf dem kommenden Oktoberfest bis zu 9,20 Euro kosten. Das erfuhr unsere Zeitung gestern aus zuverlässigen Rathauskreisen. Im Mittel liegt der Preis hauchdünn unter der Marke von neun Euro – bei 8,97 Euro.

Die Stadt wird noch bekanntgeben, wie tief die einzelnen Wirte ihre Gäste in diesem Jahr für den Gerstensaft in die Tasche greifen lassen. Die Spanne reicht dem Vernehmen nach von 8,70 bis 9,20 Euro. Dabei sind jedoch alle Anbieter berücksichtigt, nicht nur die großen Oktoberfestzelte. Es ist zu erwarten, dass gerade deren Wirte wohl eher in die Vollen gehen werden.

Im vergangenen Jubiläumsjahr des Oktoberfestes hatte die Spanne noch bei schamhaften 8,30 bis 8,90 Euro gelegen. Die Erhöhung begründen die Wiesnwirte mit den Sicherheits-Pollern gegen Terroranschläge rund um die Wiesn, deren Kosten von 3,3 Millionen Euro die Wirte zu tragen haben. Wiesn-Stadtrat Helmut Schmid (SPD) wollte diese Begründung zuletzt allerdings nicht akzeptieren: „Die Investition wird über zehn Jahre gestreckt. Das rechtfertigt keine Preiserhöhung.“

Die CSU im Münchner Stadtrat war mit ihrem Antrag gescheitert, das Oktoberfest generell um einen



Gutes Trinkgeld für Wiesn-Bedienungen: Heuer dürften mehr Gäste denn je auf 10 Euro fürs Bier aufrunden.

FOTO: SCHLAF

Tag zu verlängern und den Wiesnwirten im Gegenzug stabilere Bierpreise abzuver-

langen. Der Wirtschaftsausschuss lehnte dies mit rotgrüner Stimmenmehrheit ab.

In diesem Jahr, so hieß es, werde das Oktoberfest ohnehin um den auf einen Mon-

tag fallenden Tag der Deutschen Einheit verlängert. JOHANNES LÖHR, PHILIPP VETTER

Zweiter S-Bahn-Tunnel: Union im Bundestag skeptisch

Andere Bundesländer fürchten, bei Fördermitteln zu kurz zu kommen – Zweifel an Zusammenhang mit Olympia 2018

Der geplante Bau einer zweiten S-Bahn-Stammstrecke in München hat einen bundesweiten Kampf um die Fördergelder aus Berlin ausgelöst. Weil Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) wofür zusätzliches Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) nach Bayern lotsen könnte, wird nun Protest in Hamburg laut. Dort, so heißt es, könnte der Tunnel eine neue S-Bahn-Strecke gefährden. Auch die Fraktion von CDU und CSU im Bundestag hat Zweifel an der Finanzierung. Deren Arbeitsgruppe Haushalt habe eine Realisierung der zweiten Röhre in Zusammenhang mit den Winterspielen als „nicht machbar“ angesehen, berichtet das Hamburger Abendblatt.

Gegenüber unserer Zeitung bestätigte der Münchner Bundestagsabgeordnete Herbert Frankenhauser (CSU) die Einschätzung. Eine Förderung ausschließlich nach dem GVFG würde die zur Verfügung stehenden Mittel voll aufbrauchen, sagte Frankenhauser. „Das machen die Kollegen aus den anderen Bundesländern nicht mit.“ Das Problem: Zur Förderung des Schienenverkehrs hat der Bund bis 2019 eine Summe von 2,52 Milliarden Euro für die alten Bundesländer eingeplant. Der Freistaat will jedoch allein für die zweite Stammstrecke etwa eine Milliarde nach Bayern holen, also die Hälfte des auf zwei Milliarden Euro geschätzten Projekts. Dann aber könnten mindestens vier Jahre in den al-



Herbert Frankenhauser (CSU) glaubt nicht, dass für den Tunnel genug Geld da ist. FKN

ten Bundesländern keine anderen Nahverkehrsprojekte realisiert werden, merkte Verkehrsminister Ramsauer unlängst an. Ohne Zuschlag für Olympia sei die zweite Stammstrecke erst in Zeiträumen bis 2025, „wenn nicht sogar darüber hinaus“ realisierbar. Ramsauer und Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil (FDP) hoffen, dass angesichts

des knappen GVFG-Topfes Sondergelder für Olympia nach München fließen. Doch auch da zeigte sich Frankenhauser skeptisch. „Ich glaube nicht, dass die Mehrheit des Bundestages zusätzliche Mittel in Milliardenhöhe bewilligen wird“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses. Denn die Winterspiele, so Frankenhauser, erforderten noch weiteres Geld. Die Stammstrecke aber „hat mit Olympia überhaupt nichts zu tun“. Der Haushalt des Bundes sei schon jetzt auf Kante genäht. Zudem stünden neue Belastungen wegen der Energiewende und der Finanzkrise in Griechenland an. Laut Hamburger Abendblatt sorgt der Bau der zweiten Stammstrecke im Norden der

Republik für Unmut, weil wofür möglich wegen ihr der Bau einer S-Verbindung bei Hamburg nicht vorankommt. In einem Brief an Ramsauer monierte der Bundestagsabgeordnete Norbert Brackmann (CDU) deshalb, die GVFG-Mittel sollten bundesweit zum Einsatz kommen „und nicht nur für eine Stadt in Anspruch genommen werden“.

Auch die Bürgerinitiative in Haidhausen macht weiter Druck gegen den Bau der zweiten Stammstrecke. Mit einer Petition an den Landtag fordert sie, der Bayerische Oberste Rechnungshof solle die vorliegende Nutzen-Kosten-Untersuchung überprüfen. Dem Vorstoß wird indes wenig Aussicht auf Erfolg beschieden.

MATTHIAS KRISTLBAUER